"Der Gewaltakt gegen Prag" in Süddeutsche Zeitung (22. August 1968)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Dürrmeier, Hans ; RHerausgeber Proebst, Herman. 22.08.1968, Nr. 202; 24. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Der Gewaltakt gegen Prag", auteur:Birnbaum, Immanuel , p. 4.
Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung
URL: http://www.cvce.eu/obj/der_gewaltakt_gegen_prag_in_suddeutsche_zeitung_22_august_1968-de-e9cc0a94-5f6f-46b5-a667-ced635e4fc53.html
Publication date: 03/07/2015

Der Gewaltakt gegen Prag

Von Immanuel Birnbaum

Ist es ein Strafgericht gegen Ketzer, die von der Lehre des Sowjetkommunismus abgewichen sind, wenn jetzt Truppen der Sowjetunion und ihrer letzten Gefolgsstaaten in Europa über Nacht das Gebiet der tschechoslowakischen Volksrepublik besetzt haben und die gewählten Führer dort an der weiteren Ausübung ihrer Ämter verhindern? Für einige der Beteiligten an diesem allem Völkerrecht Hohn sprechenden Gewaltakt war die Angst vor der Auflockerung im Denken der tschechischen und slowakischen Intellektuellen und Arbeiter gewiß beklemmend. Man muß es erlebt haben, wie viele unter den Touristen aus dem kommunistisch regierten Teil Deutschlands in Prag oder Karlsbad nach den deutschsprachigen Zeitungen griffen, die dort zu haben sind, um endlich ein kritisches Wort über ihr eigenes Regime zu lesen. Daß so etwas Ulbricht Kummer macht, ist begreiflich. Verständlich ist auch die Sorge des Polen Gomulka, der sich gleichzeitig gegen liberalisierende Reformisten und gegen radikale Nationalisten in seiner Partei zu wehren hat; er muß fürchten, daß beide Gruppen aus der Entwicklung im Nachbarland Argumente gegen seine völlige Unterordnung unter den Befehl Moskaus holen. Ebenso hat der ukrainische Parteisekretär Schelest, einer der Scharfmacher im sowjetischen Parteipräsidium, die Funken der Reformbewegung aus der Slowakei schon in seinem benachbarten Herrschaftsgebiet zu spüren bekommen.

Aber die Gefahr der Ansteckung mit dem tschechoslowakischen Freiheitsfieber war wohl nur ein Nebenmotiv für den ungeheuerlichen Entschluß der Ostblockführer zu der militärischen Invasion in das Land zwischen Theiß und Böhmerwald. Für die Weltgeltung des Kommunismus kann dieser rohe Rechtsbruch nur ein schwerer Schaden sein. Von neun kommunistisch regierten Staaten Osteuropas haben nur noch fünf dabei mitgemacht. Jugoslawien und Rumänien haben sich dagegen ausgesprochen, von Albanien gar nicht zu reden. Die Tschechoslowakei selbst ist von jetzt an nur noch Objekt, nicht mehr freiwilliger Mitträger kommunistischer Blockpolitik. Es war sicher weder Verstellung noch Zufall, daß der Moskauer Hüter der leninistischen Doktrin, Michael Suslow, bei den Verhandlungen mit den Prager Führern nach deren Bericht verständigungswilliger war als andere Mitglieder des sowjetischen Parteipräsidiums. An ihn wenden sich ja die Häupter der kommunistischen Parteien des Westens, allen voran die mitgliedsstarken Italiener und Franzosen, um darzulegen, wie schwer ihr Ruf darunter leidet, wenn Moskau in stalinistische Methoden zurückfällt.

Es geht um militärische Macht

Für die maßgebenden Machthaber der Sowjetunion sind solche Argumente aber jetzt nicht entscheidend. Freundliche oder unfreundliche Gefühle fremder Völker scheren sie wenig, wenn es um die Behauptung russischer Machtpositionen geht. Hier liegt das Hauptmotiv für die Invasion. Die ersten hochgestellten Vertreter Moskaus, die nach dem Sturz von Novotny und Hendrych nach Prag eilten, waren die Marschälle Gretschko und Jakubowski, der sowjetische Verteidigungsminister und der Oberbefehlshaber aller Warschauer-Pakt-Truppen, begleitet von ihrem politischen Berater, Generaloberst Jepischew. Für sie war der politische Umschwung an der Moldau der Ausfall einer militärischen Frontposition, und so drohte Jepischew sofort: “Wenn unsere verläßlichen Prager Freunde uns rufen, werden wir ihnen unverzüglich zu Hilfe eilen.“ Die Militärs aber haben das Ohr des Parteichefs Breschnew, der einst selbst Politruk eines Frontabschnitts der Kriegszeit im Generalsrang war.

Ein Parteitag wird verhindert

Als einer der Reformer in der tschechoslowakischen Armeeführung, Generalleutnant Prchlik, auf der Höhe des Konflikts zum Gegenangriff überging und Reform der Warschauer Paktorganisation forderte, kam der Zorn der Moskauer Machthaber bereits so deutlich zum Überlaufen, daß der Prager Parteiführer Dubcek seinen militärischen Berater aus der politischen Frontlinie ablösen mußte. Aber das Mißtrauen der Männer um Breschnew war nicht mehr zu beschwichtigen. Die tschechoslowakischen Kontingente der Warschauer Paktverbände erschienen ihnen seither als unzuverlässig, und sie zogen es schließlich vor, die böhmische Front an der Grenze der Bundesrepublik Deutschland selbst zu besetzen.

Landmilitärische Großmächte können keine freiwilligen Verbündeten brauchen, sondern nur gehorsame Gefolgsleute. Das hat einst der deutsche Rechtshistoriker Triepel in einer weltgeschichtlichen Studie nachgewiesen, die von den Assyrern und Römern bis zum napoleonischen Frankreich reicht; es galt ebenso für Hitlers Deutschland und für Stalins Rußland. Es gilt, wie man jetzt sieht, heute noch für die größte Militärmacht unseres Kontinents.

Warum der Schlag gerade jetzt geführt wurde, ist unschwer zu erkennen. Mit der von der russischen Presse vorgeschützten „Verfolgung“ von Sowjetfreunden in tschechischen Betrieben hat das nichts zu tun, wohl aber mit dem herannahenden Termin für den Parteitag der tschechoslowakischen KP, der für Anfang September einberufen war. Dort wären gewiß die letzten Anhänger Moskaus, die noch im Prager Zentralkomitee sitzen, abgewählt worden. Solcher offenen Blamage seiner Politik wollte Breschnew vorbeugen. So schlug er zu, ohne sich länger um die zu erwartenden bösen Nebenwirkungen in Ost und West zu kümmern.

Weltpolitische Rückschläge

Suslow sieht jetzt die Stimmung für seine kommunistische „Weltkonferenz“ im November endgültig verdorben. Im Lager der westlichen Gegenspieler der Sowjetpolitik aber müssen nun all jene Kräfte Auftrieb bekommen, die schon immer vor jeder Verständigung mit kommunistischen Regierungen gewarnt haben. Man stelle sich vor, wie jetzt in den USA Präsidentschaftskandidaten vom Schlage des Südstaatlers Maddock und des Rassenfanatikers Wallace dastehen, die die Wähler mit der Parole fanatisieren, gegen Kommunisten und Neger helfe nur Gewalt. Wie kann der Republikaner Nixon noch sein Versprechen aufrechterhalten, er werde als Präsidentschaftskandidat nach Moskau fahren? Müssen seinem demokratischen Gegenbewerber Humphrey nicht alle Felle davonschwimmen, wenn er jetzt noch für Entspannungspolitik und Vertrauen zur Vernunft der zweiten Weltmacht eintreten wollte?

Es ist kein Trost, daß die Russen sich mit ihrer brutalen Gewaltpolitik selber in der ganzen Welt schaden werden. Sie haben damit auch soviel an dem ohnehin labilen Gebäude der internationalen Friedenspolitik zerschlagen, daß am Ende nicht nur die Tschechoslowakei und die Sowjetunion die Leidtragenden sein werden, sondern wir alle.